

Abonnements
werden beim Verlag und dessen
bekanntesten Agenten entgegen-
genommen, und zwar zum
Voraus zahlbaren
Wortjahrespreisen von:
Mk. 4.00 für Deutschland (direkt
per Brief-Gaubert)
Mk. 2.75 für Österreich (direkt
per Brief-Gaubert)
Mk. 2. — für alle übrigen Länder
des Weltverkehrs (Streuhand).
Inserate
die beizugebende Preistabelle
S. 100 — 105. — 110. — 115.

Der Sozialdemokrat

Organ der Sozialdemokratie deutscher Zunge.

Erscheint
wöchentlich einmal
in
London.
Verlag
der
German Cooperative Publishing Co.,
E. Bernstein & Co., London N. W.,
114 Kentish Town Road.
Postsendungen
franko gegen Nachnahme.
Gewöhnliche Briefe
nach England kosten Doppelporto.

N. 5.

Bestellungen an die Redaktion und Expedition des in Deutschland und Österreich verbreiteten „Sozialdemokrat“ wolle man unter Beobachtung unserer Vorschriften abgeben lassen. In der Regel schicke man uns die Briefe nicht direkt, sondern an die bekannten Postadressen. In zweifelhaften Fällen eingeschrieben.

3. Februar 1889.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Boulangers Sieg in Paris.

Paris hat gesprochen: es hat dem Kandidaten der vereinigten Republikaner 162,000, dem Kandidaten der unabhängigen Sozialisten noch nicht 17,000, dem General Boulanger nahezu eine Viertelmillion Stimmen gegeben.

Auf den ersten Blick erscheint dies Resultat ungeheuerlich. Paris, die Stadt der Revolutionen, Paris, die Stadt des Lichts, das intelligente, freidenkerische, radikale Paris wirt sich einem Abenteuer, einem mit den Pfaffen liebäugelnden Sabelhelfen in die Arme, vor die Füße. Die Wähler des liberalen Nord-Departements, die zurückgebliebenen Bauern der Somme haben dem „schönen General“ keinen so großartigen Triumph bereitet, wie die aufgeklärten, politisch geschulten Wähler des „Kopfes von Frankreich“.

Die französischen Republikaner sind dem auch ganz bestürzt. Auf eine solche Niederlage waren sie nicht vorbereitet. Noch am Tage vor der Wahl trugen sie die Miene völliger Siegesgewißheit zur Schau. „Es steht schlecht mit der Boulange“, „Paris begeistert sich nicht, o nicht im Geringsten für die jägarische Truppe“, so schrieb die „Justice“ Clemenceaus noch am Tage vor der Wahl, und in ihrer Nummer vom Wahltag selbst spricht sie noch von den „Zäsarianern, die sich vernichtet (écrasés) fühlen.“ Die Liste Clemenceau hatte bei den letzten allgemeinen Wahlen die übergroße Mehrheit der Pariser Wählerchaft für sich gehabt — kein Wunder, daß die „Justice“ jetzt ganz verzweifelt in den Schmerzensschrei ausbricht: „Paris hat leichten Herzens den Zäsar niedrigen Kalibers gewählt, dessen bloße Kandidatur eine Beleidigung für die republikanische Stadt schien.“

Wollte man in derselben Sprache reden, so könnte man darauf antworten: Ihr habt Paris ja keine andere Wahl gelassen! Ihr habt den Sieg Boulangers Euch selbst zuschreiben!

In der That sind die Radikalen in erster Reihe die Geschlagenen vom 27. Januar. Und wenn sie jetzt lamentieren und die Wählerchaft von Paris der „ungeheuerlichen Abdankung“ anklagen, so übersehen sie dabei, daß diese nur die Folge ist einer andern Abdankung: nämlich ihrer eigenen. Damit, daß sie ihr eigenes Oppositions- und Revisionsprogramm in die Tasche steckten und Jeden des Boulangismus verdächtigen, der diese Taktik nicht mitmachte, haben sie am mächtigsten dazu beigetragen, Boulanger in Paris den Sieg zu verschaffen. Sie selbst haben ihm die Truppen zugeführt, denen er seinen großen Triumph verdankt.

Es hat sich wieder einmal gezeigt, was Karl Marx in seinem „18. Brumaire des Louis Bonaparte“ sagt — diesem Buch, das ein ganzes Arsenal politischen Lehrstoffes bietet: „Keine Partei übertreibt sich mehr ihre Mittel als die demokratische, keine täuscht sich leichtsinniger über die Situation.“ Statt die Wünsche und Bedürfnisse der großen Masse der Pariser Wählerchaft zu berücksichtigen, verlangten die braven Radikalen von dieser Wählerchaft, sie solle ihre, der Radikalen, Wünsche und Bedürfnisse berücksichtigen, und weil ihre, der Radikalen, parlamentarische Situation das Drängen auf durchgreifende Reformen, sowie die energische Bekämpfung der Bremsparteien der Republik unthunlich erscheinen lasse, ebenfalls hübsch abwarten und, um die Opportunisten nicht vor den Kopf zu stoßen, auf jeden Angriff gegen deren Stedenverderbe verzichten. Das und nichts anderes war die Bedeutung der „einheitlichen republikanischen Kandidatur.“ Sie war die Kandidatur des status quo. Der status quo aber ist von den Radikalen selbst zu wiederholten Malen als ein Sumpf hingestellt worden. Ist es da zu verwundern, wenn die Wähler es ablehnten, einem Manne ihre Stimme zu geben, dessen einzige Parole lautete: „Bleibt im Sumpf und rührt Euch nicht von der Stelle!“

Boulangers Programm war zweideutig, voller Widersprüche, Herrn Jaques' Programm war weiß wie die Unschuld — er hatte nämlich überhaupt keines. Sein Programm war: die Republik. Da es sich aber weder darum handelte, die Republik erst zu erkämpfen, wie unter dem Kaiserreich, noch um ihre Existenz zu kämpfen, wie am 16. Mai 1876, so konnte trotz aller fulminanten Artikel der radikalen Presse diese Parole die Wähler nur sehr mäßig interessieren. Sie gaben Boulanger ihre Stimme — sicherlich weniger weil sie seinen Versprechungen trauten, als weil Boulanger Bewegung hieß und Jaques Stillstand. Die Bewegung kann doch wenigstens zur Befreiung aus dem Sumpf führen, der Stillstand aber führt notwendigerweise immer tiefer in den Sumpf. Eine verzweifelte Argumentation, aber immerhin der Logik nicht entbehrend.

Wir haben vor einigen Wochen, bei Besprechung der Baudin-Demonstration, des Näheren dargelegt, welche kolossale

Fehler es von den Radikalen war, bei der jetzigen Parteien-Konstellation in der Kammer die Regierung in die Hand zu nehmen und sich dadurch von der Gnade der Opportunisten abhängig zu machen. Hätten wir den Raum dazu, so würden wir unsere ganzen damaligen Ausführungen noch einmal abdrucken, denn Satz für Satz von dem, was wir in unserem Leitartikel vom 9. Dezember erklärten, hat seitdem durch die Ereignisse seine Bestätigung gefunden. Indes, es mag an den Schlussworten jenes Artikels genügen:

„Der Boulangismus“, sagten wir, „ist nur der Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit, ein Parteigebilde, das sich immer neu erzeugen wird, wo die bisher anerkannten Parteien sich abgewirthelet, ihre Unfähigkeit, die Situation zu beherrschen, erwiesen haben. Hätten die Radikalen, als sie an die Regierung kamen, die Kammer aufgelöst und mit einem entschiedenen Reformprogramm den Wahlkampf eröffnet gegen Monarchisten und Opportunisten, sie hätten vielleicht die Gefahr vorerst noch beschworen. Sie haben den Moment verpaßt, und alles Donnern gegen Staatsfreie und Staatsrechtler hilft ihnen über die Gefahr nicht hinweg, in die sie durch ihre Halbheit sich und die Republik versetzt. Nicht Reden, sondern nur Thaten können jetzt noch helfen, haben sie zu diesem nicht den Mut, so werden sie zwischen Boulangismus und Opportunismus aufgerieben werden, bis entweder der eine oder der andere ihnen das Ruder aus den Händen windet.“

Nun, erst vor einigen Tagen konnte der Pariser Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ seinem Blatte berichten:

„Inzwischen stockt nothwendiger Weise das parlamentarische Leben einigermassen, weil die Regierung und die Radikalen Alles vermeiden müssen, was die Gemäßigten vor den Kopf stoßen und die Feindschaft der republikanischen Partei gegenüber dem boulango-monarchistischen Sturmhauf beeinträchtigen könnte. Die Opportunisten nehmen denn auch diesen lange erwarteten Augenblick geschickt wahr, um die ganze Decke nach ihrer Seite zu ziehen. Ihr erster Akt war, gemeinsam mit der Rechten die Rekrutierungsvorlage zu ändern... Auch in finanzieller Hinsicht haben die Opportunisten den augenblicklichen Waffenstillstand zwischen den republikanischen Parteien für sich zu verwerthen verstanden. Der Ausschuß für die Einkommensteuervorlage wurde s. B. ebenfalls durch Verbindung der Monarchisten und Opportunisten aus einer Mehrheit der letzteren zusammengesetzt, die gestern ihre bereits früher ausgesprochene Verwerfung der Central-Borlage wiederholt und den ehemaligen fanatisch radikalen Redakteur der „Justice“, jetzt nicht minder fanatischen Opportunisten J. Roche, zum Berichterstatter ernannt hat. Für diese Geschehnisse sind die Unionisten unendlich dankbar, denn wenn auch die Kammer dieselbe annähme, so würde sie ja der Senat verwerfen... Jedenfalls dürfte die „Einigkeit“ wieder im republikanischen Lager noch im monarchisch-boulangistischen den 27. Januar lange überdauern.“

Mit einem Wort, in der Kammer herrscht der Opportunismus.

Das Gegenstück hat sich am Sonntag gezeigt. Der Radikalismus wurde aufs Haupt geschlagen, weil er das Bündnis mit den Opportunisten eingegangen, und wir werden uns schwerlich über die Herren Ferry und Konforten täuschen, wenn wir voraussagen, daß sie die Niederlage des Radikalismus weidlich zu ihren Gunsten ausnützen werden. Und von ihrem Standpunkt aus haben sie auch das Recht dazu. Bei Kompromissen hat immer der Rücksichtslosere den Vortheil, und wer der Rücksichtslosere ist, das hängt nicht etwa von den Doktrinen, das hängt lediglich von der Situation ab, in der sich die einzelnen Vertragsschließenden befinden. Jetzt erlaubt es den Opportunisten ihre Situation, rücksichtslos zu sein, und sie müßten keine „Gemäßigten“ sein, wenn sie von dieser Möglichkeit nicht den ausgiebigsten Gebrauch machten. Sie putzen die Radikalen wie unfähige Schulbuben herunter, und lassen sich von ihnen zum Dank dafür die Kastanien aus dem Feuer holen. Sie haben die „Boulangistische Gefahr“ geschaffen, man möchte fast sagen, erfinden, sie haben zuerst über die „zäsaristischen Gelüste“ des Generals geschrieben, sie haben ihm durch ihre kleinlichen Verfolgungsmahregeln die Sympathien der Masse verschafft, sie haben am lautesten gegen ihn gehetzt, aber sie haben gar nicht angestanden, eines Tages durch den Mund des „Tempter“ zu erklären: Wenn Ihr uns nur die Wahl laßt zwischen Boulanger und der Kommune, so werden viele unter uns Boulanger vorziehen. Und was ist in den Augen der Herren Opportunisten die „Kommune“? Die Zentralmaire von Paris und ähnliche, durchaus bürgerliche Forderungen.

Nun, die Radikalen sind auf den Leim gegangen und haben dafür büßen müssen, und je länger sie sich von den Herren Opportunisten an der Nase herumführen lassen, desto größer wird ihr Schaden sein. Von der Avantgarde der Satten hat Boulanger nichts zu fürchten.

Leider hat die Avantgarde der Hungrigen, die muthige Schaar der Sozialisten, die selbständig in den Wahlkampf eintraten, um zugleich die zäsaristische Demagogie und die Stillstands-Politik der Bourgeoisie zu bekämpfen, nicht den Erfolg erzielt, der ihr zu wünschen war. 17,000 Stimmen für ihren Kandidaten Boulé, das ist ein sehr dürftiger Erfolg angesichts ihrer eifrigen Thätigkeit. Aber die Mittel, über welche die Gegner verfügten, waren so enorme, der Aufwand, mit dem diese ihre Wahlkämpfe betrieben, so kolossal, daß angesichts der beschränkten Mittel der Sozialisten auf einen größeren Erfolg von vornherein nicht zu rechnen war. In solchen Kämpfen wie der jetzt in Paris ausgefochtene, folgt die große Masse der Wähler dem Gesetz der Schwere. Boulanger, als der Ausdruck der allgemeinen Unzufriedenheit, bekam auch die Stimmen der mit dem Parlamentarismus unzufriedenen Arbeiter. Wahrscheinlich wäre es anders gekom-

men, wenn ihm die Gesamtheit der Sozialisten von Paris als eine starke, einheitlich organisierte oder wenigstens im Kampf geschlossene Partei entgegengetreten wäre. Aber grade die in Paris stärkste Fraktion derselben, die der Possibilisten, hielt es für besser, sich der Koalition der Radikalen und Opportunisten anzuschließen, und für diese Bourgeoisparteien die — brüden wir es gelinde aus — grobe Arbeit zu verrichten. Und nicht nur das. Kaum daß die Kandidatur Boulé proklamirt war, so stürzten sich die Possibilisten mit einer wahren Berferkerwuth auf diese und führten einen Verleumdungsfeldzug gegen Boulé und die für ihn eintretenden Sozialisten, wie er in der Geschichte der Parteikämpfe seinesgleichen sucht. Zur Zeit, da die Sozialdemokratie in Deutschland gespalten war, ist ja auch vielfach über die Schurk gehauen worden, aber es steht in keinem Verhältnis zu dem, was im „Parti Ouvrier“ an Verdächtigungen und Verdrehungen geleistet wurde, und dann geschah es im offenen Kampfe gegen einander, hier aber stand nicht sozialistischer Kandidat gegen sozialistischer Kandidaten, sondern Arbeiterkandidat gegen Bourgeois-kandidat, und die Possibilisten thaten ihr Möglichstes, den Vertreter ihrer eigenen Klasse, ihrer eigenen Forderungen zu schädigen. Sie haben es erreicht, aber nicht zu Gunsten des von ihnen empfohlenen Bourgeois-kandidaten, sondern zu Gunsten Boulangers — sie haben mit ihrem sinnlosen Gebahren nicht gegen, sondern für den „Niedermeier von Paris“ gewirkt. Möge diese Erfahrung den Mitgliedern der possibilistischen Fraktion eine Lehre sein.

Was nun die nächsten Folgen der Pariser Wahl sein werden, so ist es müßig, sich darüber in Spekulationen zu ergehen. Wie der Telegraph meldet, hat Herr Floquet die Absicht, erstens schleunigst das Messer abzuschaffen, mit dem er und seine Freunde sich geschnitten, wir meinen die Listenwahl, und zweitens ein Ausnahmegesetz gegen Diktaturbestrebungen zu beantragen. Wir haben für die Listenwahl, wie sie jetzt in Frankreich besteht, nie geschwärmt und würden ihr ebensowenig wie unsere Genossen in Frankreich eine Thron nachweihen — wäre Herr Floquet aber wirklich ein Mann des Fortschritts und nicht ein ganz gewöhnlicher Berufs-Politiker, so würde er eher an eine Reform der Listenwahl als an eine Rückkehr zum System der Direktwahlen denken. Und was gar das geplante Ausnahmegesetz anbetrifft und die Absicht, dessen Ausführung dem Senate zu übertragen, also die Macht dieser reaktionären Körperschaft zu verstärken, wie deren Feinde sie sich nicht besser wünschen können.

Aber freilich, man muß ja der Welt zeigen, daß der Radikalismus regierungsfähig ist, und wodurch beweist eine Regierung ihre Stärke besser als durch Verfolgungen und Ausnahmegeetze?

Nur müssen die Herren hinterher sich nicht beklagen, wenn die Massen sich immer mehr von ihnen ab- und dem Wanne zuwenden, dessen Pläne im Grunde auf nichts Anderes hinauslaufen, als was sie selbst thun, und der den parlamentarischen Sündenfall noch nicht gethan.

Nachschrift. Nachträglich wird die Meldung, daß Floquet ein Ausnahmegesetz einbringen werde, widerrufen. Aber die Absicht hat bestanden, nur haben sich noch nicht alle Freunde des „radikalen“ Ministers zu dieser Höhe der Staatsmannschaft aufgeschwungen.

Zur Abwehr.

Die Notiz in Nr. 3 unseres Blattes über den Wahlkampf in Paris veranlaßt das „Proletariat“, das offizielle Organ der Possibilisten, zu folgendem „die Internationale“ überschriebenem Aufsatz:

„Die Arbeiterpartei ist, wie man weiß, warme Befürworterin einer internationalen Verbindung der verschiedenen sozialistischen Parteien. Aber sie hat zu verschiedenen Malen durch ihre Kongresse zu verstehen gegeben, daß sie ihre volle Selbstständigkeit zu wahren entschlossen ist. Sie hat sie sich in die Unternehmungen der ausländischen sozialistischen Parteien eingemischt, und sie verlangt von diesen, daß sie sich nicht in ihre Angelegenheiten einmischen.“

Die deutsche Sozialdemokratie hat nie diese gegenseitige Unabhängigkeit der Parteien zu beobachten gewußt.

Wir lesen in ihrem offiziellen Organ, dem „Sozialdemokrat“, eine Note, die der „Cris du Peuple“ reproduirt. In dieser Note wird die Haltung der Possibilisten in dem gegenwärtigen Wahlkampf streng verurtheilt und die der „Freunde“ des Herrn Ledebert, der „Marristen“ und „Blanquisten“ als die einzig den Prinzipien entsprechende bezeichnet.

Wir lenken die Aufmerksamkeit aller sozialistischen Parteien der Welt auf dieses Gebahren der deutschen Sozialdemokratie, sich in die Angelegenheiten der sozialistischen Parteien anderer Länder zu mischen.

Was uns anbetrifft, so haben wir zu wiederholten Malen geschrieben, daß wir ebensowenig für sozialistischen Völkermanismus, wie für den Bourgeois-Völkermanismus sind. Und man kann in der Umgebung der früheren autoritären Führer der Internationale darauf rechnen, die französische Arbeiterpartei läßt sich nicht leithammeln (régenter).“

Dies die Notiz.

Unsere Genossen, und da das „Proletariat“ ausdrücklich an sie appellirt, die Sozialisten aller Länder, haben hier eine klassische Probe von dem Geist, der die gegenwärtigen Führer der als Possibilisten bekannten Fraktion der französischen Sozialisten erfüllt.

Unsere Notiz soll eine unerlaubte „Einmischung“ in die Angelegenheiten einer fremden Partei sein. Nun haben wir weiter nichts gethan, als unsere Ansicht über die Haltung der verschiedenen Richtungen der französischen Sozialisten im jetzigen Wahlkampf geäußert, und wir

haben das gerade in Bezug auf die Possibilitäten in einer überaus, wie könnten auch sagen übertrieben gemäßigten Form gethan. Wir haben ihr Verhalten unbegrifflich genannt, thatsächlich aber war noch ein ganz anderes Wort am Platze.

Wir haben es nicht gebraucht, jedoch selbst wenn wir es gebraucht, so hätten wir damit das Recht der sozialistischen Kritik in keiner Weise überschritten. Die Herren Broussé, Joffrin u. d. übrigen mit ihrer Anschauung, daß das politische Verhalten einer Partei eine geheiligte Privatangelegenheit ist, über die sich Niemand ein Urtheil erlauben darf, unter den Sozialisten der ganzen Welt so ziemlich kolportirt dastehen.

Nirgends noch als bei ihnen sind wir auf eine so kleinlich engherzige Auffassung gestoßen, nirgends auf ein so autoritäres Gebahren als gerade bei diesen Leuten, die bei jeder Gelegenheit das Wort autoritär, Autoritarismus als Bannwort gebrauchen.

In der vorliegenden Angelegenheit freilich begreifen wir ihre Empfindlichkeit. Wir haben in der sozialistischen Presse aller Länder zwar sehr viele Urtheile über ihr Verhalten im letzten Wahlkampf in Paris gelesen, aber noch nicht ein anerkanntes. Die „Arbeiterstimme“ in Zürich hat sich 2. W. viel energischer als wir gegen die Taktik der Possibilitäten ausgesprochen, ja selbst die „Vindictive“, das Organ der mit den Possibilitäten befreundeten, Sozialdemokratischen „Federation“ hat über ihre Stellung zur Wahl in einer Weise sich geäußert, die nach allem andern eher als nach Zustimmung aussehend.

Indeß das ist Nebenache. Selbst wenn wir mit unserm Urtheil allein beständen, hätten wir das Recht gehabt, es zu äußern. Und Niemand wird uns nachsagen, daß wir uns in einer unpassenden Form geäußert.

Gutheißer kommt der hüßige Anfall des „Proletariat“ auf unser Blatt jeder Berechtigung, so gilt das in dreifach verstärkter Maße von seinen Angriffen auf die deutsche Sozialdemokratie, da Herr Broussé sehr gut weiß, in welchem Verhältnis unser Blatt zu unserer Partei in Deutschland steht. Es geschieht aber nicht ohne Grund, daß er diese für eine Nothig verantwortliche macht, mit der sie gar nichts zu thun hat.

Er soll den Vorwand abgeben, bei der Arrangirung des bevorstehenden Internationalen Kongresses gegenüber der deutschen Sozialdemokratie, die der ehemalige Anarchist fanatisch haßt, das gleiche Spiel zu wiederholen, wie bei der Veranlassung der famosen „Internationalen Konferenz von 1883“. Auch zu dieser hielt Herr Broussé die deutsche Sozialdemokratie nicht für würdig, weil sich der „Sozialdemokrat“ einer unerlaubten „Eingmischung in unsere Angelegenheiten“ schuldig gemacht. Und worin bestand damals unser Verbrechen? Wir hatten — man höre — in einem Glückwunschschreiben an den St. Gerner Kongreß den Wunsch ausgedrückt, es möge dem Kongreß gelingen, die Einigkeit in der französischen Arbeiterpartei wiederherzustellen. Ein Kapitalverbrechen, für das der Ausschlag der Partei noch zu gering war.

Nun, an ein Ausschließen der deutschen Sozialdemokratie ist diesmal leider nicht zu denken. Heute kommt es nur darauf an, ihre leitenden Persönlichkeiten zu verurtheilen. Dieselben haben nämlich Schritte gethan, daß anstatt der zwei nach Paris einberufenen Kongresse nur einer, d. h. eine Versammlung des vom Kongreß von Bordeaux einberufenen und des von den Possibilitäten geplanten stattfinden. Das konzentriert aber Herrn Broussé nicht, und weil die deutschen Sozialisten sich kategorisch dahin geäußert haben, entweder auf einen gemeinsam vereinbarten Kongreß zu gehen, oder auf keinen, so muß das Schlagwort „autoritär“, „Eingmischung“ u. d. m. erhalten, um, wie gesagt, sie von vornherein zu verurtheilen. Daher auch die Ueberschrift „Die Internationale“, die Vereinigung Plebschneids in die Debatte und der Hinweis auf die früheren autoritären Führer der Internationale, die zu verurtheilen Herr Broussé allerdings sein Möglichstes anzuwenden hat. „Die Internationale“, die Vereinigung Plebschneids in die Debatte und der Hinweis auf die früheren autoritären Führer der Internationale, die zu verurtheilen Herr Broussé allerdings sein Möglichstes anzuwenden hat.

Wenn Herr Broussé mit seinem Wandel bei seinen egeren Genossen Erfolg haben sollte, so können wir das nicht hindern, so sehr wir es bedauern würden. Aber wenn er glaubt, mit dergleichen Hinten auch die auswärtigen Sozialisten über die wahre Sachlage täuschen zu können, so wird er sehr bald eines Besseren belehrt werden. Und die Aktion wird keine unbediente sein.

Sozialpolitische Rundschau.

London, 30. Januar 1889.

Der Anfang des Endes ist für den Erbschaftsmeister der Hohenzollern gekommen — das kann jetzt keinem Zweifel mehr unterliegen. Es kriecht und kriecht in allen Ecken, und dem Eisenstücken ergeht es wie allen Ertrinkenden: er greift nicht bloß frampsthaft nach jedem Strohhalm, sondern beschleunigt auch die Katastrophe durch seine unheimlichen, blindwollen Anstrengungen, sich zu retten. Er reißt in toller Verblendung Fehler an Fehler; und jedem Attentat auf das öffentliche Rechtgefühl und den einfachsten Anstand folgt sofort ein neues, noch brutaleres Attentat, und der Urheber hilft es nicht einmal für der Wähe werth, eine Maske vorzunehmen. Höchstens den durchsichtigen Domino eines Neptils, dessen Beziehungen so bekannt sind wie die der verurtheilten Dirne.

Nachdem die Tessenborf'sche Anklageschrift der Welt nur den zweiseitigen Beweis geliefert hatte, daß Tessenborf noch heute der elende Jurist und streberhafte Mittel ist, als der er seine juristische Laufbahn eröffnet, und daß sein Brodder Bismarck der eigentliche Verfasser des schamlosen und in letzter Linie gegen den vorigen Kaiser gerichteten Attentats ist, hat der große Staatsmann, um welchen die Welt und beneidet, es für nöthig erachtet, in die rheinische Oberflöße ein neues Stiefel voller Jauche und Larven zu schütten — immer wieder in dem zur Manie gewordenen Bestreben, das Andenken des toten Kaisers zu beschandeln, der sich ihm nicht zu Füßen hat werfen wollen. In diesem wahnsinnigen Treiben ist zwar keine Methode — denn ein Ertrinkender hat nicht die Zeit und nicht die Ueberlegung, methodisch zu handeln — allein es ist Einheitslichkeit darin: die Einheitslichkeit der fixen Idee — der fixen Idee Macheths, der den Banquo getödtet hat und dessen Geist nicht abschütteln kann.

Wenn das „Entmündungsverfahren“, das der Erbschaftsmeister der Hohenzollern gegen Geistes hat einleiten lassen, um denselben der öffentlichen Verachtung oder Nichtachtung zu überliefern, statt gegen das Opfer gegen den Verfolger eingeleitet worden wäre, so würden die Fremde wohl schwerlich zu dem gleich negativen Ergebniss gelangt sein, wie bei Geistes: der Verfolgungswahn und der Größenwahn sind kaum jemals so klaffender und abstoßender Ausbruch gelangt. So viel steht fest: die gegenwärtige Krise geht die Psychiatrie nicht weniger an, als die Politik — ja vielleicht in noch höherem Maße. Der Erbschaftsmeister der Hohenzollern wird auch von seinen eifrigsten und lautesten Bewunderern nicht mehr für ganz zurechnungsfähig gehalten: der „Madderabatsch“, dieser Virtuose der plattischen Wipplongkeit und ultrapanamischer Vandalenerei hat in seiner letzten Nummer ein Gedicht verfaßt, welches die Situation prächtig illustriert. Das lange Gedicht ist von der ersten bis zur letzten Zeile — von „Veren“ kann man bei solcher Waare nicht reden — ein jämmerlicher Appell an das Mitleid: „Seid nicht so undanbar, Ihr braven Deutschen, den alten Mann, der Euch in seiner Manneskraft so viel Dienste geleistet hat, Schade zu verbergen — und bei Seite zu werfen, nun, da er schwach geworden ist und vom Unglück heimgeführt wird.“ Das — dem Sinne nach — ist der Inhalt dieses denkwürdigen „Madderabatsch“-Gedichtes.

Die Freude, daß es mit dem „poor old man“ (dem armen alten Mann) so weit gekommen ist, kann uns auch nicht geschmälert werden durch den Gek über den heidnischen Panismus, der Mitleid und Menschenliebe für ein Individuum fordert, welches niemals Mitleid

und Menschenliebe gefasst, und zur Zeit, wo es die Macht hatte — ja nach in jeglichem Augenblick, jeder Geistes seiner Politik, jeden Zweifel an seiner Ansehbarkeit und übermenschlichen Größe in kleinlicher Rücksicht bis ins Grab, ja bis über das Grab hinaus verfolgt hat — ein Individuum, von dem wir schon vor Jahren gesagt: „Wir sind bereit, seinen Anhängern beizutreten, wenn sie uns einen einzigen großen und edlen Gedanken nachweisen können, den er in seinem ganzen Leben gehabt.“

Und in seinem Fall ist dieser wehe Verächter alles Großen und Edlen, dieser durch seine Rücksicht gebundene Pfleger alles Niedrigen und Gemeinen ebenso würdevoll wie weiland im Bollwerk der Macht. Er kammert sich an die Gewalt und den Millardentopf mit der Her eines alten Geißhalses de Komödie und sucht seinen zwei ungerathenen Söhnen die Tazhen noch tüchtig auf Staatskosten zu füllen, ehe die unvermeidliche Trennung von der gefüllten Krippe erfolgen muß.

Nun — die Nemesis trägt zum Glück keine Glacehandschuhe. Sie packt tüchtig zu und verfehlt bei ihr anheimgefallenen Freveler Schlag auf Schlag. Ein Lorbeerblatt wird dem andern wird aus dem blutigen Ruhmeskranz des Ueberdreser Arztes gerissen; und der stolze Bon, den er angeblich und vermeintlich für die Ewigkeit errichtet, knockt in allen Fugen und zeigt klaffende Risse; die den nahen Zusammenbruch verkünden.

Die dräuende Weltlage straft das freche Märchen von der Friedenspolitik Lügen, und läßt, gleich dem kläglichen Niasko sämmtlicher „sozialpolitischer“ Schwindbeiden, die ganze Stimmhaftigkeit der bis vor Kurzem in den Himmel erhobenen Staatskunst des unheilvollen Mannes erkennen, der sich verneigt hatte, das mittelalterliche Ritterthum in moderner Verkleidung wiederherzustellen und die Ideen der Revolution, die vor 100 Jahren ihren Triumphzug durch die Welt begonnen, theils in ein königlich preussisches Juchthaus einzusperrten, theils in einer königlich preussischen Kaserne zu ersticken.

In wenigen Monaten wird die Welt den hundertjährigen Geburtstag der französischen Revolution feiern, und der gewaltthätige Schlammwichel, der die Aera der Revolution für immer zu schließen und der Weltgeschichte ihre Bahnen vorzuschreiben gedachte, wird in nicht allzulanger Zeit ein überwundener Standpunkt sein.

Und es ist sehr die Frage, ob die Verehrer der Dynastie Bismarck-Luras, welche heute am Grabe des leider vor einigen Tagen in der Blüthe des Hundelebens dahingewandenen Luras patriotische Thränen vergießen, dann noch für den „Chef“ des Hauses Bismarck viel Thränen übrig haben.

— **Noch Breslau!** — so schreiben wir in vorletzter Nummer, und Breslau hoch! wiederholen wir heute. Unsere Genossen in der Hauptstadt Schlesiens haben sich in der Stichwahl brillant gehalten. Mit 9948 Stimmen ist Genosse A. Kühn Sieger geblieben, während der deutschfreisinnige Friedrichthal, trotzdem die National-liberalen für den Klaffensassen eintraten, nur 8277 Stimmen erhielt. Die Konservativen und ihr Anhang enthielten sich diesmal stramm der Bethelligung. Die 9948 Stimmen gehören voll und ganz uns, der Wahlkreis ist ohne jede Unterstützung durch andre Parteien erobert, Breslau-West ist eine Burg der Sozialdemokratie geworden.

Der gewählte Vertreter, A. Kühn in Langenbielau, ist ein altbewährter Genosse, einer der ältesten und treuesten Mitkämpfer der Sozialdemokratie. Schon einmal war er nahe daran, gewählt zu werden, und zwar im Wahlkreis Reichenbach-Neutrode, zu dem Langenbielau gehört. Dank unerhörten Wahlbeeinflussungen gelang es jedoch, ihn mit wenigen Stimmen aus dem Felde zu schlagen, und der Reichstag erklärte hinterher die betreffenden Vorparlamentarier zwar für „sehr bedauerlich“, aber nicht geeignet, das Wahleresultat umzustossen, da die Beeinflussungen nicht autilig gesehehen.

Aus Breslau selbst wird uns unterm 23. ds. geschrieben: „Noch zwei Tage und die Wahlkampf ist entschieden; der erste Tag hat uns zwar einen Triumph, aber noch nicht den Sieg gebracht. Die „Standhaftigkeit“ der Schleier hat sich wieder einmal glänzend bewährt, und das Niasko des Kartells und der kassierten Kartellbrüder läßt an Grundlichkeit nichts zu wünschen übrig. Es ist mir zu bedauern, daß unser kassierter Wahlkämpfer nicht noch vor der Stichwahl herkommt. Wir könnten dann die Hände vergnügt in den Schooß legen. Indeß so ist's besser. Es wird tüchtig gearbeitet, und obgleich uns die größten Säle der Stadt „abgetrieben“ sind, so ist es uns doch möglich, Versammlungen abzuhalten, und die dichtgedrängten Arbeiterbataillone, vor denen Kühn, unser Kandidat, und die Reichstagsabgeordneten Singer und Viehnecht gesprochen haben, sind ein lebendiges Zeugniß dafür, daß die Geburtsstadt Vossalle's eine Hochburg der Sozialdemokratie ist. Die schlummernden Kräfte treten hervor — es ist als ob unsere Stadt aus langem Schlafe erwacht sei. Ueberall regt sich's und überall begegnen wir fester Juwerst und dem Entschluß, nicht bloß zu siegen am 23. ds. Monats, sondern auch bei den bevorstehenden allgemeinen Wahlen den Ostkreis wieder zu dem Westkreis hinzu zu erobern. Und so soll's sein!“

Bei der Stichwahl in Offenburg: Kehl siegte der Zentrumsmann Reichert mit 9835 Stimmen über den Kartellbrüder v. Bodmann, der 9235 Stimmen erhielt. Da der Wahlkreis am 21. Februar 1887 einen Kartellmann in den Reichstag entsandte, so bedeutet diese Wahl einen weiteren Schritt in die Hurrah-Majorität. Wohl bekommen!

Unsere Genossen haben sich, im Hinblick auf den St. Galler Beschluß und angesichts der schlechten Haltung des Zentrums, bei der Stichwahl der Stimmabgabe enthalten.

Es ist wirklich schwer zu entscheiden, in welcher Spezies des modernen Ausbeutertums die Raubthier-Natur stärker entwickelt ist: im Schlossjunker oder im Krantjunker. Bald möchte man dem Einen, bald dem Andern die Palme reichen. Heute liegen uns wieder einige klassische Beispiele dafür vor, wie die Herren vom ehrenthürigen Grundbesitz vor den schmutzigsten Mitteln nicht zurückschrecken, ihr geheiligtes Recht auf Ausbeutung — was sagen wir? die Ausbeutung ist ja gar nicht in Frage, auf Ausbeutung des lässlichen Proletariats sicher zu stellen. In Ober-schlesien haben sie es durdgelegt, daß der Minister der öffentlichen Arbeiten — für diese Herren sind die Minister in Preußen ja immer schnell bei der Hand — gegenwärtig Umfrage hält, auf welche Weise am besten der sog. „Sachjüngerei“ (das Wandern der überschüssigen Arbeiter in andere Provinzen, namentlich die Provinz Sachsen) am besten abgeholfen werden kann. Davon, die Arbeiter zu stellen, daß die wirklich sehr bedürftigen Löhne der andern Provinzen ihnen diese nicht mehr als verlockendes Colorado erscheinen lassen, ist bei den Herren natürlich keine Rede, und so sollen denn die früher eingeführten Fahrpreis-Ermäßigungen aufgehoben und zugleich möglichst polizeiliche Einschränkungen und Verbote des Wegziehens der Arbeiter eingeführt werden. Die Arbeit von Landproletariaten ist nach den Anschauungen der Herrschaften ihr „Eigenthum“ und wozu ist der Staat anders da, als um das geheiligte Eigenthum zu schützen?

In dieselbe Rubrik gehört folgendes, der „Arbeiterzeitung“ aus Jüterbog (Provinz Brandenburg) berichtete Stückchen:

Auf dem hiesigen Artillerie-Schießplatz war es dem Publikum bisher erlaubt, Sprengstübe zu machen und gegen Empfang von Funderlohn an die Verwaltungskommission abzugeben. Durch diese Vergünstigung war es bisher vielen Armen und Arbeitsunfähigen möglich, sich zu ernähren. Auch Schulfinder konnten an solchen Tagen, von Nachmittags keine Schule war, auf diese Weise den Eltern etwas helfen. Beim Sprengstübe machen die Leute vielleicht etwas mehr verdienen, als die Rittergutsbesitzer heiliger Gegend ihren Arbeitern auszahlen, infolgedessen etliche Arbeiter aus der Arbeit blieben und Sprengstübe suchten. Vor einigen Tagen hatte ich nun Gelegenheit, ein Gespräch mit anzuhören, welches ein Gendarm mit einem Amtsvorsteher in einem Gasthose hatte. Ersterer erzählte dem Amtsvorsteher, daß nun endlich das Sprengstübe machen seitens des Publikums auf dem Schießplatz aufgehoben werde. Herr Banquier und Rittergutsbesitzer Apparius hatte es beim Kriegsminister durchgeseht, daß dem Publikum das Machen von Sprengstüben auf diesem Artillerie-Schieß-

platz verboten würde, indem er keine Arbeiter mehr bekäme und er als Landwirth nicht im Stande wäre, solche Löhne zu zahlen, als wie die Leute beim Suchen verdienten. Sollte sich dieses bewahrheiten (was wir ja im Frühjahr sehen werden), dann werden mindestens 300 Personen, ohne die Kinder, vertrieben. Es ist das für die hiesigen Arbeiter um so schlimmer, da Jüterbog sehr wenig Fabriken hat und es dem Arbeiter sehr schwer fällt, Arbeit zu bekommen. Der Herr Banquier weiß dieses so gut wie ich. Also um 15 Arbeiter, die vielleicht der Arbeit des Herrn Banquiers und Rittergutsbesizers durch das Suchen fern bleiben, werden 300-350 Personen brodblos gemacht! Nicht das nicht nach Arbeiterfreundlichkeit! Der Herr ist Mitglied des konservativen Wahlomite's.

Selbstverständlich. Die ober-schlesischen Landproleten gehören ja auch zu den konservativen Stützen von Thron und Altar und wissen in ihren Aufrufen wunderbar schön gegen das herzlose Geldkapital zu donnern. Nun, die Zeit ist hoffentlich nicht allzufern, wo nicht nur der Proletariat der Städte, sondern auch der schändlich ausgepreßte und in Unwissenheit gehaltene Proletariat vom Lande die Verlogenheit dieser Proleten durchschaut und mit den Ersteren gemeinsam für die Befreiung der Arbeiter aus dem Joch der kapitalistischen Ausbeutung kämpft.

— **Jedem das Seine.** Zur Nachricht, daß Thras todt ist, lesen wir in der Berliner „Volkszeitung“: „Die „Post“ theilt dieses Ereigniß an der Spitze ihres lokalen Theiles — vor einer auf die Großherzogin von Baden bezüglichen Notiz — mit folgenden, von tiefer Ergriffenheit zeugenden Worten mit: „Fürst Bismarck hat einen für ihn sehr schmerzlichen Verlust erlitten. Seine schwarze Dogge, die mit rührender Treue und Liebe an ihrem Herrn hing, ist in Folge von Altersschwäche im Zimmer des Fürsten eingegangen. Unter den alten Räumchen des Parks am Reichstanzler-Palast wurde dem treuen Gefährten ein Grab bereitet.“

Wir finden die Rangordnung, wie sie das Organ der Postkammerpartei trifft, ganz in der Ordnung. Die Großherzogin von Baden ist zwar die Schwester des todtten Friedrich, aber was will das heißen gegen Thras, den großen Thras, den Hund des lebenden Bismarck, das Vorbild der einzig wahren Reichstreue, das unerschütterliche Mitglied der heiligen Reichs-Dreieinigkeit?

Die Verkehrtheit der heutigen Moral- und Rechtsbegriffe zeigt sich vielleicht nirgends so deutlich als in allem, was mit der geschlechtlichen Prostitution zu thun. Die Prostitution wird offiziell verurtheilt, die Prostituirten werden gesellschaftlich geächtet, unter die entehrendsten, brutalsten Polizeivorkehrungen gestellt, aber diejenigen, welche sich der Prostituirten bedienen, trifft nicht der geringste Mafel. In dem verheulichtesten aller Staaten, in Preußen, bestraft man sogar diejenigen, welche den armen Geschöpfen, die vom Verkauf ihres Körpers leben, Wohnungen vermieten, wegen der damit verbundenen „Förderung der Prostitution“ als Stuppler, läßt aber diejenigen, welche der Prostitution die stärkste Hilfe gewähren, nämlich die sie bezahlen, vollständig unbehelligt. Geradezu lässlich zeigt sich das, wenn die Polizei eine sogenannte Kassa in einem Hause abbaut, wo dem „Laster“ gehuligt wird. Da werden die Mädchen, die Inhaber verhaftet oder „notirt“, die männlichen Besucher aber höchst respektvoll „ignoriert“. Höchstens daß man sie als „Jungen“ aufschreibt; in diesem Falle wird aber in rührender Rücksichtnahme dafür Sorge getragen, daß ihre Namen nicht in die Oeffentlichkeit gelangen. Sie gehören ja meist den „besseren“ Klassen an und haben daher die Entschuldigend der „physischen Nothwendigkeit“. Es liegt uns selbstverständlich fern, die letztere zu bestritten, aber was hier gekennzeichnet werden muß, ist die nichtswürdige Heuchelei, die in dieser verschiedenartigen Behandlung ein- und derselben Sache liegt.

Aber damit noch nicht genug. Auch wo es sich um Dinge handelt, die selbst vor dem Standpunkt der natürlichen Moral nicht bestehen können, um den Mißbrauch minderjähriger Geschöpfe durch gewissenlose Wüstlinge und dergleichen, wird gewöhnlich jede Handhabe benutzt, um die eigentlichen Schuldigen — lassen zu lassen, sobald sie der herrschenden Klasse angehören. Ein schreckliches Beispiel dafür liegt uns heute aus Amerika vor, und zwar aus einer Stadt, die sich ebenfalls ihrer Prostitution rühmt. Wir lesen im „Philadelphia Tageblatt“:

Vor Kurzem wurden vom Richter Thayer einige halberwachsene Mädchen in's Justizhaus geschickt, weil sie mit „Geschäftsleuten“, in deren Bureau und Laden sie als Damenservantinnen aus und eingingen, unzählige Dinge getrieben haben sollen. Thayer ist ein alter, erfahrener Richter und wird wohl nicht im Uebereifer gehandelt haben. Das ihm vorgelegte Beweismaterial muß als jedenfalls seine Entscheidung vollumfänglich gerechtfertigt haben. Die Mädchen sind also in der Besserungsanstalt. Nun handelt es sich aber um die „Gentlemen“, die „Geschäftsleute“, die sich mit ihnen abgeben. Einige derselben wurden unter Anklage gestellt und sollten prozessirt werden. Und sich da: der Herr Distriktsanwalt Graham erklärt auf einmal, er habe keine Beweise; die Mädchen, die zuvor alles gestanden, leugneten nun alles ab, und so leid es ihm thäte u. d. m., moralische Ueberzeugung sei keine juristische; kurz und gut, die Prozesse seien in's Wasser, der Richter wies die Jury an, Verdichte auf nichtschuldig abzugeben und verschiedene „Gentlemen“ sind gerettet! Gegen die Prostitution der Justiz in diesem Falle ist die der Mädchen die reinste Unschuld. Was da hinter den Kronleuchtern vor sich gegangen sein mag, kann man sich leicht denken. Die Mädchen waren, wie gesagt, eingesperrt, waren also der Beeinflussung entzogen, außer sie geschah mit Zustimmung und Hilfe der Leute, welchen ihre Aufsicht übertragen war. Es kann gar nicht anders sein. Welches Motiv hatten nun diese Leute, dazu zu helfen? Und der „Anwalt des Rechtes“, der Richter bietet die Hand dazu. Es ist schmachvoll. Die Mädchen sind eingesteckt, die Wüstlinge von „Geschäftsleuten“ laufen als angehende Männer umher. Die Tagespresse geht still über die Geschichte hinweg!

Natürlich, es betrifft eben „Gentlemen“, zahlungs-fähige Leute, und darum ist es der zahlungs-fähigen Moral nur Recht, wenn sie unbehelligt bleiben. Die mißbrauchten Mädchen sind in der Besserungsanstalt, was will man mehr?

— **Aus dem deutschen Reichstage.** In der Sitzung vom 23. Januar nahm Singer das Wort, um über die Verhältnisse und die Behandlung der beim Bau des Nord-Ostsee-Kanals beschäftigten Arbeiter Aufklärung zu verlangen, ob etwa gemäß den abendlichen Erklärungen des Herrn Brouard von Schellendorf auch in Bezug auf den Nord-Ostsee-Kanal verfügt worden sei, daß sozialdemokratische Arbeiter bei dem Bau desselben nicht beschäftigt werden dürften. Herr Böttcher erwiderte darauf, daß eine solche Verfügung anfänglich allerdings bestanden habe, daß sie aber im Reichsamt des Innern wieder gestrichen worden sei, nicht etwa aus Gerechtigkeitsgefühl, sondern weil man „solche Reden“, wie Singer sie eben gehalten, vermeiden wolle. Ein nettes Ingefaßndniß, das wir uns indeß gern gefallen lassen. Von der Regulirung eines Minimallohns bei Vergebung der Kanalarbeiten wollte der Minister nichts wissen. Der Lohn hinge von den Konjunkturen des Arbeitsmarktes, von Angebot und Nachfrage, ab. Natürlich, wo es sich um die Arbeiterinteressen handelt, da wird mancher der alte Maneshergaul weiter geritten, nicht weil es ohne ihn nicht geht — der Staat kann ganz gut bei den Bedingungen liegen, ich verlange, daß Ihr Guren Arbeitern mindestens so und soviel Lohn geht, — sondern weil es gegen das Prinzip der Profitmaximierung verstieße. Auch in der Sitzung vom 23. Januar, wo die Anträge Baumach, Hise, Mirbach zu Gunsten von Sauggeleisen gegen die Kinderarbeit, wie gegen gesunde und heilschädigende Frauenarbeit auf der Tagesordnung standen, ritt Herr von Böttcher mit großem Gier — leider können wir nicht sagen, mit Eleganz, den Mandeshergaul. Ihn jammerte der Verdienst, der den Eltern der Kinder entgeht — als ob man den Eltern nicht auf andere Weise helfen kann, er fürchtete, die Kinder würden durch das Vertreiben aus der Fabrik der Hausindustrie ungerathen, in der die Verhältnisse noch viel schlimmer sind als in den Fabriken. Als ob man nicht auch die Hausindustrie unter Aufsicht stellen und mit Hilfe der letzteren der Kinderausbeutung einen gewaltigen Niesel vorkübeln könnte u. s. w. Herr von Böttcher bekam es sogar fertig, sich von dem Liberalen Baumann in der Frage des Arbeiterschutzes schlagen zu lassen. Sozialistischerseits ant-

wortete ihm Meiser, indem er namentlich die Verhältnisse in der Hausindustrie beleuchtete, und die Stellung der letzteren unter der Fabrikinspektion forderte. In Bezug auf die Frauenarbeit forderte Meiser nur härteren Schutz der Arbeiterinnen und trat energisch für das Verbot der industriellen Nachtarbeit ein. Auf die Frage, woher die Beamten nehmen zu so vieler Ueberwachung, erwiderte er dem Minister: Wenn man genug Beamte hat zur weitgehenden politischen Ueberwachung und Schlichtung, dann kann man, wenn man nur will, auch die Beamten zur Ueberwachung der Betriebsstellen haben. Aber man will eben nicht.

Am 27. Januar gab's die grophartige Kolonialdebatte. Das heißt, sie sollte grophartig sein, fiel aber recht kleinartig aus. Den Reichskommissionen ist der Schowng abhandeln gekommen. Die Schläge in den Kolonien sind eben auch gar zu dicht gefallen. Um der deutsch-afrikanischen Gesellschaft, die durch ihre heillosen Mißwirtschaft nicht nur eine ganze Reihe von Ansehlichen auf ihr Schulkonto geladen hat, sondern auch ihr ganzes Kapital verschleudert hat, wieder auf die Strümpfe zu helfen, auf daß die patriotischen Aktionäre — der alte Wilhelm hatte, um den Kolonialtrümmel zu unterstützen, schweren Herzens eine halbe Million aus dem Kronfondskonting, der Reichshausier nach schwerem Herzens eine Viertelmillion geschickt — wieder auf die Kosten kommen, soll der Reichstag zunächst eine Summe von zwei Millionen — zur Bekämpfung der Sklaverei und zum Schutz der deutschen Interessen in Ostafrika bewilligen. Wenn's nicht reicht, muß noch nachbewilligt werden, die zwei Millionen sind nur der erste Pfiffen. Daß die Hurrohmajorität sich im patriotischen Eifer zu diesem Opfer — aus der Tasche des deutschen Volkes bereit zeigt, stand von vorn herein fest, aber auch die ultramontane Erziehung Windthorst machte mit einigen nichtsegenenden Verkauflungen den Schwind mit. Die Kirche hat ja den Feldzug gegen die Sklaverei gepredigt. Ablehnend verhielten sich nur die Deutschfreisinnigen und die Sozialdemokraten. Für die Ersteren sprach Herr Hamburger, der eine sachliche Kritik der Verhältnisse in den deutschen Kolonien lieferte, während Babel den grundsätzlichen Standpunkt unserer Partei der Kolonialfrage gegenüber in schneidiger Weise begründete und dabei die wirklichen Ziele der verschiedenen Afrikaabteilungen rücksichtslos kennzeichnete. Obwohl die Ja-Majorität gesichert war, wurden die zwei Millionen doch nicht sofort bewilligt, sondern erst noch eine kleine Kommission in die Szene gesetzt, über deren Ausgang in dem Moment, da unser Blatt in die Presse geht, noch nichts Näheres vorliegt. Uebrigens ist es auch sehr gleichgültig, das Geld ist so gut wie bewilligt, der erste Schritt gethan, und wenn die Sache später schief geht, so hat nicht Bismarck, o beileibe nicht, sondern die deutsche Volksvertretung „den Neger in's Wasser geworfen“.

— **Dürfte stimmen.** Der „Frankfurter Jtg.“ wird aus Leipzig geschrieben:

Der „Antisemitischen Korrespondenz“ ist es vorbehalten geblieben, eine höchst charakteristische Erklärung dafür beizubringen, daß mit der Verleihung des schwarzen Adlerordens an Herrn v. Puttkamer die Zahl von 30 Ordensmitgliedern, wie sie in dem Ordensstatut von 1701 vorgegeben ist, überschritten wurde. Die Vorschriften jenes Statuts sind nämlich nach der Ansicht jenes Blattes deshalb vollständig gewahrt worden, weil zur Zeit nur 28 deutsche Ritter vorhanden seien und zwei von Kaiser Friedrich ernannte Ritter jüdischer Nation, nämlich der Justizminister Dr. Friedberg und der Reichsgerichtspräsident Dr. v. Simson. Herr v. Puttkamer sei also im Sinne des Statuts erst der 30. Ritter, durch dessen Ernennung Kaiser Wilhelm der Inschrift des Ordens: „Jedem das Seine“ die richtige Deutung gegeben habe.

Wer da weiß, wie penibel sonst in dem künftigen Spiel, Ordensverleihung genannt, die Satzungen beobachtet zu werden pflegen, für den hat diese Erklärung des Monitors der „radikaleren“ Antisemiten nichts Unwahrscheinliches. Für den unbegreiflichen der Hohenrollern sind die Herren Friedberg und Simson „Lust“, erstens weil sie von Juden abstammen, und zweitens weil sie sich der Kunst seines „heiligen Vaters“ erwehnen. Die Bekämpfung des (v. Puttkamer) Ministers mit dem schwarzen Adler ist aber ein doppelter Fußtritt auf das Grab seines toten Vaters: erstens eine öffentliche Insultierung der von demselben Ausgeschiedenen, und zweitens eine öffentliche Auswechslung des Namens, der den Vater mit Vorbedacht insuliert. Solch nobler Handlungswiese ist natürlich nur ein Mensch fähig, der von Scheitel bis zur Sohle „von Gottesgnaden“ ist. Freilich täuscht er sich über den Effekt seiner Maßregel. Unter allen unabhängig Urtheilenden herrscht nur eine Stimme: daß die Herren Simson und Friedberg, die der herrschenden Reaktion so ungeschätzbar Dienste geleistet, die ihnen jetzt zu Theil gewordene — Auszeichnung nicht verdient haben.

— **Bei den bevorstehenden Debatten über den „Kleinen“ Belagerungszustand** wird, wie wir hören, im Reichstag, neben den bekannten stereotypen Praktiken, namentlich das Verfahren der Polizei gegen die freien Arbeiterorganisationen zur Sprache kommen. Daß die Sozialdemokraten als solche in jeder Weise verfolgt, behandelt, in Untersuchungshaft genommen, verurteilt, ausgewiesen werden, — das sind wir gewohnt, und das entspricht ja bis zu einem gewissen Grade dem offenbaren Zwecke des Sozialistengesetzes. Unter den Sozialistenprozessen, die seit 1878 im Einklange sind und seit der Entlassung Puttkamers von dessen „liberalen“ und „in der Form anständigeren“ Nachfolger Herrfurth mit ganz besonderem Eifer kultiviert werden, nehmen die Prozesse gegen die freien Arbeiterorganisationen einen immer größeren Prozentsatz ein. Auch bei dieser Prozedur sind die Rollen zwischen Polizei, Staatsanwalt und Richtern planmäßig vertauscht. Die Polizei verbietet den Arbeiterorganisationen, sich zu versammeln, oder läßt sie ganz auf. Während die Mitglieder sich trotzdem und suchen sie eine Korrespondenz mit ihren Kollegen herzustellen und eine Agitation zu veranstalten, so läßt das auf eine „geheime Verbindung“ schließen, die Polizei „entdeckt“ einige Mitglieder oder Ermittler, die ohne polizeiliche Erlaubnis beim Glas Bier sich unterhalten, — der Staatsanwalt findet die Sache „hinlänglich“ verdächtig, um die Untersuchungsbehörde anzuordnen, die Richter stützen nach dem bekannten Reichsgerichts-Rezept die nötigen „konfidenten Handlungen“ aus, — die Verurteilung folgt der Gerichtsverhandlung und der Verurteilung folgt, nach Verlesen der obligaten Gefängnisstrafe, die obligate Ausweisung. Mit unvollständigen Abweichungen verlaufen so alle diese Prozesse. Man erinnere sich nur des Leipziger Steinmeyer-Prozesses, der in seiner Art als klassisches Muster gelten kann.

— Ein Mann, dem sicher nach **Großes** beschieden ist, ist Herr Siegel, Landeskommissar für die Kreise Lörach, Freiburg und Offenburg des Nisterlandes der konstitutionellen Freiheiten: Baden. Befragter Siegel hat die von der Offenburger Polizei verfügte Beschlagnahme des Wahlzettelblattes unserer Offenburger Genossen in folgender klassischer Weise begründet:

„Der Aufruf, betitelt: „An die Wähler des 7. bad. Reichstagswahlkreises“, beginnt mit den Worten: „Wie vor der letzten Reichstagswahl“ und endigt mit den Worten: „das Arbeiter-Wahlkomitee“ ist durch die darin enthaltenen maßlosen Angriffe, namentlich gegen die beißende Klasse, durch absichtliche Entstellung von Thatsachen und durch seine anreizende Sprache darauf berechnet, unter den Arbeitern und bei den minder Bewußteten Unzufriedenheit zu erregen und ihnen die Anschauung beizubringen, als werden sie von der bestehenden Klasse ausgebeutet und als werden die wachsenden Staatsausgaben vornehmlich ihnen zu Gunsten der letzteren ausgebeutet. Im Gegensatz hierzu wird ihnen die Verwirklichung der sozialistischen Ideen, deren destruktive, auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichtete, die Eintracht der Bevölkerungsklassen gefährdende Tendenz sattsam bekannt ist, als das zu erstrebende Ziel hingestellt, indem gesagt wird: „Die Sozialdemokraten verlangen eine Sozialreform auf rechtlichem Wege, welche eine vernünftige und gerechte Ver-

*) Ich habe den Neger ja nicht in's Wasser geworfen — rief der große Mann, als Herr Hamburger erzählte, wie ein Angestellter der deutsch-afrikanischen Kompagnie einen Neger, um ihm billiger Preise zu erpressen, binden, misshandeln prügeln und dann in's Wasser werfen ließ. Die Bestie hatte sich hinterher noch ihrer Heldenthat gerühmt.

teilung der menschlichen Arbeitsprodukte an diejenigen ermöglicht, welche durch geistige oder körperliche Arbeit die nützlichen Werthe erzeugen.“ Das Fortdauern wie die Leigenannte nur auf dem Wege des gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Staatsordnung durchführbar sind, bedarf keiner weiten Ausführung. Aus diesen Gründen wird gemäß § 11 und 12 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 verfügt: Es sei die von dem Dr. v. Puttkamer am 6. d. M. vorläufig erlassene Beschlagnahme des gedachten Wahlzettelblattes zu bestätigen und demgemäß diese Beschlagnahme zu verketten.

Der Kunststreich, von irgend einer Forderung zu behaupten, daß sie nur durch gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsordnung durchführbar sei und daraufhin ein Verbot zu begründen, ist in keiner Weise neu, in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes wurde er allgemein geübt, fatalen man sonst der sozialistischen Presse nicht an den Hals gekannt hätte. Aber seit Jahren ist man von ihm abgekommen und es ist daher das Verdienst des Herrn Siegel, die alte bewährte Praktik wieder ausgegraben zu haben. Anstehend eine bescheidene Leistung, aber heutzutage kann man für dergleichen Ober-Reichsanwalt mit der Anwartschaft auf das Reichs-Justizministerium werden. Für die Erklärung aber, daß eine vernünftige und gerechte Verteilung der menschlichen Arbeitsprodukte nur durch den gewaltsamen Umsturz der heutigen Staatsordnung zu erreichen sei, daß also heute die Verteilung der menschlichen Arbeitsprodukte eine unvernünftige und ungerechte ist, für dieses Jugendentum hat Herr Siegel zugleich Anspruch auf die Ehrenmitgliedschaft in unserer Partei.

— **Ein guter Bekannter.** Der „Kreuzzeitung“, wohlgerichtet der frommen, christlich-konservativen „Kreuzzeitung“, wird von einem Herrn Gottlieb Adam Krause aus Niwoda im deutschen Togogebiet unterm 9. Dezember wörtlich folgendes berichtet:

Der Karawanenverkehr zwischen Salaga, Suvando und Lume, (Lime, Lome, Bey Beach) an der deutschen Togoküste nimmt zu. Da der Sklavenverkauf an der englischen Goldküste und Sklavensläufe nur im Verborgenen betrieben werden kann und zudem gefährlich ist, so wenden sich die Sklavenhändler jetzt mit Vorliebe der Togoküste zu. Anfangs Dezember ist in Lume eine Sklaventrawane aus Salaga angekommen. Sie führte gegen 50 Sklaven bei sich. Unter den Sklavenhändlern waren zwei, die ich auf meiner letzten Reise kennen gelernt habe. Es sind der schwarze Araber Schreij Ibrahim, welcher 10, und der Hornu-Mann Bedebchi, welcher 7 Sklaven mit sich führte. — Die „Frsg. Jtg.“ drückt hieran folgende Frage: „Im deutschen Togogebiet ist der Sohn des Grminierers von Puttkamer, so viel wir wissen, Reichskommissar. Dort wird auf Reichskosten eine Truppe von 50 Polizeisoldaten, Gendarmen, unterhalten. Wie kommt es nun, daß gerade dieses Gebiet als Sklavemarkt eine besondere Anziehungskraft ausüben kann zu einer Zeit, wo der deutsche Komplex alle westlichen Staaten Europas aufruft, um in Ostafrika den Sklavenhandel zu unterdrücken?“

Der Sohn des Puttkamer, von dem hier die Rede ist, ist natürlich Jesko, unser Jesko mit dem guten Geschmack. Der arme Junge hatte selbst die gutgeleiteten Prüfungsbehörden nicht von seinem eminenten Wissen überzeugen können, und so ging er denn „nach Afrika, nach Kamerun x.“ Wozu hat man Kolonien, wenn Reichsminister ihre hoffnungsvollen Söhne nicht dort unterbringen können? Jesko hat ein Einkommen, mindestens feshal so groß, als wenn er daselbst alle Grammen bekanden und die regelmäßige Beamtenlaufbahn eingeschlagen hätte. Mit dem Amt kam auch der — Verdienst.

Doch nun grade Jesko für den Sklavenhandel ein so mildes Auge hat, kann niemand überraschen. Jesko müßte ja ganz aus der Art geschlagen sein, wenn sein Verwaltungsbesitz nicht für Sklavenhändler eine besondere Anziehungskraft annehme.

— Auch nach der Ansicht der anhaltinischen und der braunschweigischen Landwirthe sind die ländlichen Arbeiter noch nicht genug vertrieben. Die Herren haben ihre Regierungen gebeten, sie möchten den Reichsanwalt eruchen, Maßregeln gegen den Kontraktbruch der ländlichen Arbeiter „in Ermüdung zu ziehen“. Die armen Outobesitzer seien gegenüber den übermächtigen Arbeitern „fast vollständig macht- und schutzlos.“ Natürlich wird der Reichsanwalt diesem Nothschrei seiner Klassen- oder lagen wir lieber Leidensgenossen bereitwillig Folge leisten und so werden wir wohl bald von einem neuen — Ausbeuterungsgelei hören.

Wenn diese Wirtschaft in Deutschland noch lange so fortgeht, dann erbarnten sich vielleicht eines Tages die Araber der deutschen Arbeiter und gründen in ganz Afrika Berichte zur Abschaffung der Sklaverei in Europa.

— **Trauriges Schicksal eines Volkspöbel.** Aus Chicago wird unterm 9. Jan. berichtet: Frank Chleboun, der berüchtigte Anführer und Staatszeuge in dem Dynamitprozess Cronch, der mit der Verurteilung des Lebigenannten zu 12 Jahren Zuchthaus endete, klagte heute im Gericht, daß er seit seiner Zeugnisabgabe als ein Ausgestoßener behandelt werde und daß seine Freunde (i) ihn öffentlich gehöhnt, inhaftiert und sein Leben bedroht hätten. Letzten Sonntag sei er in einem Saloon an May und 18. Street schrecklich geschlagen worden. Er erwirkte einen Haftbefehl gegen einen gewissen Gula. Die Verhandlung der Klage wurde auf den 15. Januar anberaumt.

Da über die verächtliche Handlungswiese des Chleboun selbst unter den Freunden der „Ordnung“ nur Eine Stimme herrscht, so kann man ihm die erhaltenen Prügel wohl gönnen.

— Einem trefflichen Artikel der Wiener „Gleichheit“ über den „Kreuzzug wider den Sklavenhandel“ entnehmen wir folgende, gerade für unsere Genossen in Deutschland besonders interessante Stellen: „Sie die jetzt von Bismarck geleitete Bewegung“ richtet sich zwar nicht gegen den Sklavenhandel, wohl aber gegen die Sklavenhändler, gegen eine bestimmte Sorte von Sklavenhändlern, die sämtlichen handelsbetreibenden Nationen Europas ein Dorn im Auge sind, an deren Niederwerfung sie alle ein Interesse haben. Man bekämpft sie nicht, weil sie Sklavenhändler, sondern weil sie erfolgreiche Kontraktanten sind und überhand den Profit schmälern. Aber das braucht man ja dem „Pöbel“ nicht zu sagen. Den empfindsamen Spielbürger zu ergreifen, rührt man die Trommel zur Befreiung der armen Sklaven, die ohne Niederwerfung der gehäßten Kontraktanten nicht vor sich gehen kann.

Daß aber auch die Kirche an diesem Kreuzzug theilnimmt, hat seinen guten Grund darin, daß daselbst ein Element, das die europäischen Kapitalisten in Afrika genirt, dort auch das mächtigste Hinderniß der Ausbreitung des Christenthums ist: es ist der Islam.

Wo die mohammedanische Religion in Afrika hindringt, da hört sofort jede Möglichkeit einer Bekehrung der Eingeborenen zum Christenthum auf. Gleichzeitig damit beginnt auch ein bewußter und energischer Widerstand derselben gegen alle Versuche kapitalistischer Ausbeutung. Es ist ein Maßwerk für das Christenthum, daß es heute in Afrika nicht aufzubrechen kann, ohne vom Kapitalismus gefolgt zu sein. Wo immer ein christlicher Missionar sich niederläßt, da findet sich auch gleich einer jener zahlreichen Handlungsreisenden ein, die heute den dunklen Welttheil nach allen Richtungen durchqueren. Ihm folgen der Schnaps, mitunter auch die Syphilis, die einheimische primitive Industrie erliegt der Konkurrenz der eingeführten billigen Fabrikate, die Eingeborenen verfallen der Schuldklaverei, die Handelsstation wird ein befestigter Punkt, die verhandelten Eingeborenen werden zur Arbeit herangezogen, wenn sie sich wehren, verhaftet man sie, ganz oder zum Theil, nicht Fremde unter sie, konfisziert ihr Land, führt Kontraktsklaven ein, beginnt den Plantagenbau. Dies ist der Gang der kapitalistischen Kolonisation in Ost- und Westafrika, an den Küsten beginnend, nach und nach in's Innere fortzudringen. Sie bedeutet für die Eingeborenen ihre soziale, moralische und physische Degradation, Aufhebung ihres primitiven Bodenkommunismus, Auflösung ihrer Genossenschaft, damit Bekehrung jeglichen festen Haltes, Untergang oder Proletariatierung. In ihrem Fortschreiten begegnet aber die kapitalistische Ausbeutung

dem Islam, der in Afrika von Ost nach West, von Nord nach Süd unaufhaltsam fortschreitet.

Der Islam ist eine Religion des Welthandels in seinen Anfängen, wo noch einfache Waarenproduktion herrschte, neben und unter der die uralten Produktionsweisen sich forterhalten. Er ruiniert sie nicht, er hebt sie; er löst den Genossenschaftsverband nicht auf, er macht ihn nur wehrhafter und kraftvoller, indem er ihm die Waffen der Neuzeit in die Hand drückt. Er schlägt den Neger vor der Schnapspest, so weit es möglich, er schlägt ihn auch vor der Verfallung. Das Gesetz Mohammeds verbietet nicht bloß den Genuß geistiger Getränke, es verbietet auch, einen Mohomedaner in Sklaverei zu halten. Der Neger, der zum Islam übertritt, wird dadurch geschäftlich vor der Sklaverei. Der Neger, der das Christenthum annimmt, entgeht damit keineswegs der Kontrakt- oder Schuldklaverei.

Der Islam hebt aber auch die Widerstandsfähigkeit der Negerstämme gegenüber der europäischen Ausbeutung. Er macht sie nicht nur wehrhafter, wie schon oben erwähnt; er hebt sie nicht bloß militärisch und ökonomisch, er befreit sie auch von ihrer uralten sozialen Isolierung. Sie werden durch seine Annahme Mitglieder jener ungeheueren Gesellschaft, die von Marokko bis nach China reicht, vom Jambesi bis nach Turkestan, und in der die Kenntnis der europäischen Verhältnisse und die Einheitslichkeit im Vorgehen stetig wächst, indem sie gleichzeitig durch ihre Kämpfe mit den Europäern, die sie bald hier, bald dort führt, im Sudan und in Afghanistan, die Kenntnis ihrer Kriegsführung sich aneignet.

Der Islam bietet den Eingeborenen Afrikas so große Vortheile, daß wir uns nicht wundern dürfen, daß er überaus rasche Fortschritte dabei selbst macht und die christliche Propaganda überall zurückdrängt und überflügelt. Wir dürfen uns aber auch nicht wundern, daß zwischen ihm und den europäischen Kapitalisten und ihren Vertretern in Afrika ein immer verbitterter Kampf sich entpant: heißt doch das Vordringen des Islam Verleserung des Gebiets der kapitalistischen Ausbeutung durch Handel und Plantagenwirtschaft.

Der Islam befreit nicht die Sklaverei bei den Stämmen, zu denen er dringt, er befreit daher auch nicht die Sklavensläufe und den Sklavenhandel, die dieselben übten, ehe sie noch mohammedanisch wurden. Im Gegentheil, dadurch, daß er die Stämme, die ihm anhängen, militärisch und ökonomisch hebt, verwehrt er ihr Uebergewicht über die vom Islam noch unberührten Stämme, macht die Sklavensläufe und den Sklavenhandel leichter und lohnender. Daran ist kein Zweifel. Indes verengt der Islam durch sein rasches Vordringen selbst das Gebiet seiner Sklavensläufe immer mehr.

Er verwehrt aber durch sein Vordringen auch die Punkte, auf denen er mit Christenthum und Kapitalismus feindlich zusammenstößt: am Senegal mit den Franzosen, am Kongo mit den Belgiern, im Sudan mit den Engländern, in Ostafrika mit diesen, den Portugiesen und Deutschen. Kein Wunder, daß sie alle sich zusammenschließen, dem gefährlichen Konkurrenten zu Weibe zu rücken. Jedes ist die Sache nicht so einfach als Mancher denkt. Die schönen Zeiten der Cortes, Pizarro und Elmo sind vorbei, wo man mit einer Handvoll Abenteuerer mächtige Reiche eroberte und plündern konnte, die europäischen Stauteile selbst bringen um des lieben Profits Willen europäische Waffen zu den Barbaren; die Ueberlegenheit der Bewaffnung und Taktik auf europäischer Seite wird immer geringer, und hat sich in letzter Zeit nicht immer hinreichend erwiesen, die Vortheile der Ueberzahl, des tropischen Klimas, der Kenntnis des Landes seitens der Eingeborenen zu überwiegen.

Der Artikel schließt:

Bereits hat die Politik der kolonialen Abenteuer in Frankreich, England, Holland und Italien Ministerien gestürzt oder erschüttert. Trotzdem ist man nicht gewarnt. Es scheint, als solle sie ihren Theil dazu beitragen zum Bankrott des ganzen Systems.“

— **Die Vorbereitungen für die Wahlen**, schreibt man uns, sind jetzt überall im Gange, und wenn eine Auflösung des Reichstags schon in allerhöchster Zeit erfolgte, würde unsere Partei nicht überfordert sein. An den meisten Orten ist auch die Kandidatenfrage bereits gelöst, und wo es nicht der Fall ist, da sind schon die nötigen Beratungen und Verhandlungen in Fluß.

Mittlerweile haben die Wahrscheinlichkeiten einer Auflösung sich wesentlich vermehrt. Jede neue Wahl liefert den schlagenden Beweis, daß es mit dem Einflusse der Kartellbrüder und ihrer Venter und Weiter rasch zurückgeht, und daß die Empörung über die schmuckvollen Zustände, mit denen die Kartellbrüder sich identifiziert haben, immer tiefer wird und immer weitere Kreise ergreift. Die Wahl in Breslau, wo der herrschenden Schandwirtschaft ein wichtiger Parteischlag ins Gesicht verriet ward — und unmittelbar darauf die Wahl im Offenburger Kreis, welcher der Kartellsippe glänzend entrißen wurde — das sind memento mori die auch der beschämteste Patriot nicht mißverstehen kann, und die den Trägern des heutigen Systems die Nothwendigkeit aufzwingen, für die nächste allgemeine Wahl ganz außerordentliche Mittel anzuwenden. Wir wollen hier nicht wiederholen, was wir schon früher in Bezug auf diesen Punkt gesagt haben. Genuß, die von uns entwickelten Ansichten werden jetzt, auch außerhalb unserer Partei, in den weitesten Kreisen getheilt, und mehr und mehr befestigt sich die Ueberzeugung, daß nach passend inszenierter Auflösung des Reichstags die Wahlen noch im Laufe dieses Jahres die Neuwahlen stattfinden werden.

— **Chronik der Sozialistenprozesse.** In Berlin hat sich am 23. und 24. Januar wieder einmal ein Geheimbundsprozess abgepielt mit all dem Apparat, der diese Speeles von Prozessen, die das deutsche Volk dem Schandgesetze verdankt, charakterisirt. Politisten, die Alles „wissen“, aber ihre Quellen nicht nennen dürfen, und beschlagnahmtes „Material“, das alles Mögliche beweist und somit thatsächlich nichts beweist. Dazu ein Schammann, der Spiegel zu werben sucht — diesmal hieß der Cole Feldbahn — und wenn es ihm mißlingt, den Spieß umdreht und den Betreffenden nachspürt, sie hätten ihm ihre Dienste angeboten, und eine Frau, die aus Eiferlust alle möglichen phantastischen Aussagen macht. Mehr kann man wirklich nicht verlangen. Von den Angeklagten wurden drei, S. Lau, Tischler, A. Kuhn, Tischler, und A. Hoffmann, Tischler, zu je 4 Monaten, und S. Karl Schubert, Schuhmacher, Emil Kann, Tapezierer, Paul Brunsch, Arbeiter, F. Schulz, Tischler und G. Bedenfeld, Tischler zu je 3 Monaten Gefängnis verurteilt. Einer, der Tischler Bengfeld, wurde freigesprochen. Allen Verurtheilten wurde je ein Monat Untersuchungshaft in Anrechnung gebracht. Ein Antrag auf vorläufige Freilassung der Angeklagten wurde „wegen Fingerverdachts“ abgelehnt, selbst von einer Freilassung gegen Kautionswille der ehrenwerten Gerichtshof nichts wissen. Dame Justitia hatte es mit der Bestrafung des unsichtbaren — Verbrechens eben sehr eilig.

— **Ein schwachvolles Stück Partei- und Klassenjustiz** wird aus Dresden gemeldet. Genosse Franz Donath als Verleger, und Genosse Schindelfeld als Drucker eines Flugblattes zur zehnjährigen Feier des Schandgesetzes wurden am 14. Jan. vom Landgericht jeder zu acht Monaten Gefängnis verurteilt, weil der Gerichtshof „annahm“, daß beide Angeklagte mit voller Kenntnis der Strafbareit (i) die That gemeinschaftlich angeführt. Die strafbare That“ besteht aber darin, daß der Gerichtshof in dem Flugblatt eine öffentliche Verächtlichmachung bestehender Staatseinrichtungen durch Verbreitung erdichteter und einseitiger Thatsachen gefunden hat. „Erdrichtet“ sei es, daß das Gesetz nur dazu geschaffen sei, die Arbeiterbewegung zu unterdrücken und die Bahn für die wirtschaftliche Ausbeutung frei zu machen (die ganze Schandklaverei, die Zünfterei, die brutale Niederhaltung der Gewerkschaften erfüllt auf dem Monde, aber nicht in Deutschland) und zum Mindesten Entstellung sei es, daß das Schandgesetz oft ungerecht und über den Willen der Gesetzgeber hinaus angewendet worden sei (die Kaiser, Kaiser x. haben nie wider die Handhabung der Bestimmungen des Gesetzes ihre Stimme erhoben).

Da die Verurtheilten beim Reichsgericht Revision eingelegt, hat man sie am 16. Jan. beim ersten Vorgehen über Hals und Kopf verhaftet und in's Landgerichtsgefängnis überführt. Diese Gile kennzeichnet das ganze Verfahren als ein nichtswürdiges Justizverbrechen.

Table listing various publications with prices in Francs, Marks, and Pfennigs. Includes titles like 'Der Arbeiterunterricht', 'Sozialdemokratische Bibliothek', 'Die Arbeiterfrage', etc.

— Eine ganz treffende Bemerkung über die Aussichten selbstthätiger Genossenschaften enthält der letzte Jahresbericht des Arbeitstatistiklers von Minnesota. Es wird dort über verschiedene mehr oder minder gelungene Genossenschafts-Unternehmungen aus Minneapolis und St. Paul berichtet und schließlich gesagt:

Das Prinzip ist überall leicht anwendbar, wo es sich um Stückarbeit handelt. Schwieriger schon in Industrien, bei denen das Kapital verhältnismäßig weit mehr Bedeutung hat, als die Arbeit, deren Qualität weniger in Betracht kommt; wo der Erfolg mehr von den geschäftlichen Vortheilen des Marktes, der Spekulation abhängt, als von dem inneren Werthe der Arbeit. Deshalb wird es schwierig sein, das Prinzip z. B. in der Eisenfabrikation und anderen Industrien anzuwenden, in welchen die vielfache Vertheilung der Arbeit mittels zahlreicher Maschinen nur eine untergeordnete Rolle von Handreichung erfordert.

Mit anderen Worten heißt das, die selbstthätige Genossenschaft verliert gerade da, wo die Arbeiterklasse ihrer bedürftigste, und sie ist da möglich, wo der Arbeiter ihrer am wenigsten bedarf. Denn es braucht hier nicht erst ausgeführt zu werden, daß jenseit das Kapital, die Spekulation, die Schwankungen des Marktes in einer Industrie von Bedeutung sind, umso schlechter die Lage der in ihr beschäftigten Arbeiter ist, und daß eine Industrie nach der andern diesem Schicksal verfallt. Wahrscheinlich ohne es zu wollen hat der Verfasser des Berichtes mit seiner Erklärung ein Zeugnis abzugeben für den Utopismus der selbstthätigen Genossenschaften.

Uebrigens eigentlich noch zu bemerken, daß die „Blühenden“ unter den Genossenschaften von Minneapolis selbst wieder Lohnarbeiter beschäftigten. Ueberall dieselbe Geschichte.

— Aus Rumänien. Die neueste Nummer des „Municipal“ berichtet uns die erfreuliche Nachricht von einem neuen Sieg unserer rumänischen Genossen. Am 5./18. Jan. wurde in der dritten Wahlklasse (jede Klasse wählt direkt in die Kammer) des Bezirks von Roman (Wolban) der sozialistische Kandidat Vaszar Benjamin mit 236 Stimmen von 301 zum Abgeordneten gewählt. Somit sitzen alle drei Redakteure des Municipal: Ioan Kabebe, S. G. Mortun und V. Benjamin in der rumänischen Kammer.

— Die Sklavendefreie in Brasilien hat nach einem Bericht aus Rio Janeiro eine bedeutende Erhöhung der Baaren-einfuhr zur Folge gehabt. Die Sklaven, in freie Lohnarbeiter verwandelt, haben mannigfache Bedürfnisse zu befriedigen gehabt. In Kleidern, Heinden, Schuhen, Regenmänteln und Waffen ist die europäische Einfuhr im dritten Quartale erheblich gestiegen. Man erhofft daraus, daß die bisherige Sklaverei, eine niedrigere Form als die freie Lohnarbeit, hauptsächlich bestandene Bedürfnisse niedergebhalten hat, abermals führt die Form der freien Lohnarbeit, deren Basis die Geldwirtschaft ist, zu neuen Bedürfnissen, deren Befriedigung durch die Zahlungsform des Geldlohnes erleichtert wird. So profitirt in einem gewissen Grade der Weltmarkt auch an der Aufhebung der Sklaverei, ein ihm viel wichtigeres Moment als die Deklamationen von der Unmoralität und Unfähigkeit des Sklavenverhältnisses. Gewiß ist die Aufhebung der Sklaverei, wie und wo sie auch immer erfolgen möge, als ein Kulturfortschritt anzusehen. Uebrigens betont der Bericht noch, daß die Sklavendefreie weniger Nachtheile für die heimische Produktion gehabt habe, als anfangs befürchtet wurde. Die Störungen in den Arbeitsverhältnissen seien durch die sehr ergiebige Ernte an Kaffe mehr als ausgeglichen.

Korrespondenzen.

Mit- und Neugersdorf (2. sächsischer Wahlkreis), 24. Januar. Bei den im Dezember des abgelaufenen Jahres stattgehabten Gemeinderatswahlen haben sich hier in beiden Gemeinden zum ersten Male die Sozialdemokraten betheiligt, natürlich in der Klasse der Unausgesprochenen. Mit dem erreichten Erfolge dürfen wir durchaus zufrieden sein. In Neugersdorf wurden wir unsern Kandidaten mit großer Stimmenmehrheit (133 gegen 41) durch, in Neugersdorf gelang es uns zwar diesmal noch nicht, den Sieg an unsre Fahne zu fesseln, doch hat uns das keineswegs überrascht. Angesichts der bei der Wahl vorgenommenen schamlosen Wahlbeeinflussungen von Seiten der kartellbrüderlichen Fabrikbesitzer und der Art der Stimmenauszählung durften wir auf noch Schlimmeres gefaßt sein. Die Wahl des Sozialdemokraten sollte hier, sollte es, was es wolle, vereitelt werden, und um diesen Zweck zu erreichen, wurden die Arbeiter auf jede mögliche Weise einzuschüchtern versucht, und als die Drohungen die versprochene Wirkung größtentheils verfehlten, die geheime Stimmenauszählung angedroht. Während der Stimmenauszählung wurde das Wahllokal geschlossen, so daß es außer dem Wahlvorstande, der aus lauter eingeschmornenen Kartellbrüdern bestand, keinem Wähler möglich war, der Stimmenauszählung beizuwohnen. Mit solchen Mitteln werden heute die Wahlen gefälscht — wir sagen gefälscht, denn außer einigen verbissenen Ordnungsdankbitten glaubt hier Niemand an den wirklichen Sieg des Kartellbrüderbandes.

Noch müssen wir dem Organ der Unterdrückten etwas über die brutale Behandlung der Arbeiter durch die hiesigen Fabrikbesitzer berichten. Erst vor kurzem wieder erhielt ein Arbeiter von dem Fabrikanten Reinhold Hoffmann, — der Herr ist Reichstagsabgeordneter — acht Ohrfeigen, weil er aus schlechtem Material keine fehlerfreie Waare machen konnte! Vor einigen Jahren wurden die Arbeiter in der G. G. Hoffmann'schen Fabrik mit Borlebe mit Prügelein traktirt. Dies hat erit etwas nachgelassen, seit wir derartige Fälle, wenn sie uns zu Gehör kommen, in die Deffentlichkeit bringen. Der würdige Onkel unseres würdigen Reichstagsabgeordneten, der Kommerzienrath Julius Hoffmann, zerschlug einmal an einer hochschwangeren Frau einen Regenschirm und ein anderes Mal an einer Weberin das Gesicht, von den zahllosen Ohrfeigen und Faustschlägen, mit denen er die Arbeiter zu traktieren pflegte, gar nicht zu reden. Der Fabrikbesitzer Theodor Hoffmann schlug einmal früher mehrmals die Welle an den Kopf. Diese Vorfälle mögen genügen, um die hiesige Ausbeuterbande in ihrer ganzen Rohheit und bornierten Denkart zu zeigen, eine verkommenere Gesellschaft, wie diese Ausbeuter, die jeden Anstand und jedes Schamgefühl abgelegt haben, kann es wohl schwerlich noch irgendwo geben. Nun, die Wirkung ihres frechen Gebahrens ist, daß unsere Partei hier immer weitere Fortschritte macht, denn jeder Arbeiter feht die Zeit herbei, da dem anmaßenden Ausbeutertum das Handwerk gelegt wird.

Im Schluß noch eine Warnung. Der Fleischhacker Hauptmann in Neugersdorf hat einen seiner Nachbarn wegen des am 2. Dezember v. J. hier verbreiteten Flugblattes demnächst und denselben drei Polizeiwächter in die Wohnung geschickt. Wie warnen daher hiermit vor diesem Schicksal und bitten alle Arbeiter, insbesondere die in der G. G. Hoffmann'schen Fabrik Beschäftigten, sein Geschäftslokal nicht mehr zu betreten.

Die Kottmarwaal. Am 12. Januar d. J. kam der seit Langen vor der Strafammer des hiesigen Landesgerichts anhängige Sozialistenprozess zum Austrag. Angeklagt waren: Schneider Schwarz, Schneidermeister Dittmer, Tischler Dilz und Schneider Danter wegen Vergehen gegen § 128 und 129 (die betrichtigten Geheimbundsparaden) des Reichs-Straf-Gesetzbuches und erstere drei noch wegen § 19 des Sozialistengesetzes in Verbindung mit § 39 (4. Abt.) des Reichs-Straf-Gesetzbuches. Die Vorgeschickte ist folgende: am 15. August 1887 wurde von Neumünster an Dittmar eine Riste abgekauft, am 8. September 1887 kam wieder eine Riste an Dittmar, welche von Schwarz und einem Dienstmann von der Bahn geholt wurde. Am 13. September 1887 wurde erst bei Dittmar und dann bei Schwarz gehandelt und beide gleich verhaftet. Bei beiden wurden Exemplare des „Sozialdemokrat“ und sonstige sozialistische Schriften gefunden. Dann folgten Massenhaftungen in Kiel und der Umzug nach. Am 8. Oktober 1887 wurde Danter auf die Anklage Dittmars hin verhaftet. Dilz, bei dem am 17. September 1887 gehandelt wurde,

verhaftete man am 10. Oktober 1887. Dann folgten wieder Haus-suchungen und Vernehmungen mit allen möglichen Drohungen. Schwarz wurde 77 Tage, Dittmar 66, Dilz 28 und Danter 49 Tage in Untersuchungshaft gehalten. Am 19. September 1888 hatte man endlich eine Anklage zurechtgebracht, welche an lächerlichen Darlegungen und Folgerungen fast alles Dagewesene überbietet. Beweise waren überhaupt nicht da, von der Riste und dem vermeintlichen Inhalt war nichts gefunden worden, da die Polizei fünf Tage zu spät kam. Doch wozu braucht ein Staatsanwalt Beweise? Daß eine Riste an Dittmar gekommen, welche für Schwarz bestimmt war, und von deren Inhalt Danter etwas geholt haben soll, und daß bei Dilz ein Stück Packpapier, mit J. H. B. Ditz gezeichnet, gefunden wurde, das genügt zur Konstruirung einer geheimen Verbindung. Wenn bei den Angeklagten verbotene Schriften gefunden wurden, so müssen sie natürlich welche verbreitet haben, und durch den Bezug derselben haben sie obendrein die „Verhülfe“ verbrochen. Doch auch eine Visitenkarte eines bekannten Sozialdemokraten, bei Danter gefunden, bewies schon die „Verbindung“. Es würde zu weit gehen, allen Blödsinn der 14 Seiten starken Anklageschrift hier vorzuführen. Am 4. Dezember 1888 sollte nun die Verhandlung stattfinden. Nachdem die Deffentlichkeit ausgeschlossen war, damit sich Dame Justitia nicht öffentlich zu blamiren brauche, stellte sich heraus, daß einer der Richter auch als Untersuchungsrichter fungirt hatte. Somit mußte eine neue Verhandlung anberaumt werden, welche nun am 12. Januar 1889 von Morgens 10 Uhr bis Nachmittags 1/5 dauerte. Auch hier wurde die Deffentlichkeit ausgeschlossen. Für die Anklage, d. h. die geführte „Ordnung“ fungirte der Staatsanwalt Rühle, als Verteidiger für drei der Angeklagten Rechtsanwalt Kiese und für Danter Rechtsanwalt Thomsen. Der Staatsanwalt, ein bekannter Sozialistenfeind, hat sein Möglichstes, den Staat zu „retten“ und eine exemplarische Verurteilung zu erzielen. Die Angeklagten, welche sich selbst gut verteidigten, wurden durch ihre Anwälte, besonders durch Kiese, sehr gut unterstützt. Schwarz und Dilz bekannten sich zur That, während Dittmar, der nur um sich frei zu machen, als Angeber austrat, überhaupt die Schuld an dem Prozess trägt. Ein Kommissar und zwei Polizisten traten als „Zeugen“ auf, von ihnen zeichnete sich Polizeistatist Angerstein als pflichtgetreuer Beamter im Prunkmäntelchen aus. Der Staatsanwalt beantragte für Schwarz drei Monate, für Dittmar vier Wochen, für Dilz vier Wochen und für Danter drei Wochen Gefängniß, der Verteidiger Kiese, da den Angeklagten nichts bewiesen ist, Freisprechung, im schlimmsten Falle aber Verhängung einer kleiner Geldstrafe. Das Gericht verurtheilte Schwarz zu 14 Tagen, Dittmar zu einer Woche, Dilz zu vier Tagen Gefängniß und sprach Danter frei. Die Kosten müssen zu 1/2 die Verurtheilten und 1/2 der Staat bezahlen. Im Ganzen beträgt die Untersuchungshaft 209 Tage und die Strafe 25 Tage.

So hat nun Kiel auch seinen Geheimbundsprozess gehabt. Verurtheilungen wegen Verbreitungen sind hier Region, doch die geheime Verbindung liegt unserm Staatsrechtler Kahlke nun im Magen. Nun, die nächste Reichstagswahl wird zeigen, wozu solche Prozesse führen und gut sind.

Briefkasten

Der Redaktion: Briefe und Einwendungen erhalten aus: Berlin (Dank für „Kaiserblume“), Gent, Gersdorf, Paris. — A. M. in G.: Ihre Mittheilungen werden mit Dank in nächster Nummer verwendet. Lassen Sie doch öfter etwas über die dortige Bewegung hören.

Der Expedition: — Arb.-Bild.-Ver. Wandsb.: Fr. 2 — Ab. 1. Du. erh. Kostet jetzt Fr. 225. — A. K. Ludra: Fr. 4 — Ab. Dez. u. Jan. erh. Wrlg. folgt. — Frhrd. Saffin: Fr. 25 — a Gto Ab. x. erh. —

Mouvement: Nr. 16 — Ab. 4. Du. erh. Btlg. notirt. — Merlohn: Soll gesehen. Ihre Einwände werden zur Kenntniß des Betreffenden bringen. H. Weiteres. — W. P. London: Sh. 4 — Ab. 1. u. 2. Du. erh. u. 2. Rec. Strapsorty beahlt, was Sie künftighin verhalten wollen. — Bildhaube: Bd. Sig. 7 — a Gto Ab. x. erh. Gaben's nicht anders, das Weitere folgt. — Sch. R. L. Hl.: Nr. 9 — Ab. 1. Du. erh. — Prof. S. v. B. Strbg.: Nr. 445 Gto. Abhdlg. erh. Btlg. nach Wunsch befohrt. — Th. Abtl. S. Francisco: Sh. 8 — (2 Doll.) Ab. pr. 89 erh. Gruf! — Wahrer Jakob: (M. 2850 Ab. 4. Du. 88 u. Schf. erh. Sie haben Recht. Das Direkte (M.) gehört noch dazu. Alles unterwegs. — W. L. Hgh.: Nr. 1760 Ab. pr. 1889 u. M. 28240 pr. Ufd. bld. erh. Gewinndates pr. D. angewiesen. — Galle: Nr. 10 — a Gto Ab. x. erh. U. Ihr Guthaben v. M. 650 dem W. H. heben Gto. zugew. Btlg. u. Weiteres bld. notirt. — v. d. Giber: Nr. 10 — a Gto Ab. x. erh. Veil. befohrt. H. Weiteres betr. d. Reklamirten. — Dante: Nr. 100 — a Gto Ab. x. erh. Abv. u. Btlg. notirt. H. mehr. — Sprequelle: Nr. 14 — a Gto Ab. x. erh. Abv. notirt. Alles fort, wie berichtet. — atoro: Nr. 1480 Ab. 1. u. 2. Du. Dh. u. — oca erh. Also in Ordnung. — Nothbart III: Pfd. Sig. 50 — a Gto Ab. x. erh. Dank für Weiteres u. H. mehr. Weiter H. freuzt mit unsemem. — Cowie u. Co. London: Sh. 2 — Ab. 1. Du. erh. — Regulus: Nr. 20 — a Gto Ab. x. erh. Barium Dekadr. nicht benutzt? H. mehr. — A. Stmsr. Gbby.: Abv. u. richtig? Leonidas: Nachr. v. 28.1. hier? Warum nicht an neugelandte Abv.? Und trotz zwei maliger Reklamation (siehe Wl. Nr. 2 und Wl. 11) wieder keine Hausnummer! Das ist hork! Besuche von Briefen x. sind da unpermeidlich. Nummer ist Ihnen wiederholt gesandt worden. — Brüssel: Gut, wenn er versorgt ist. Aber 27 haben Sie doch bestellt. Werden indeh ausgehoben. Gewinndates in Dtschd. bei einem unserer Abgeordneten erfragen. Können nicht dienen. — A. V. Gaud: Edg. am 29.1. fort. Gruf! — Th. W. R.: Nr. 20 — Ab. 89 x. erh. — 7/9. R.: Nr. 20 — Ab. Rest 4. Du. 88 u. pr. 89 x. erh. — Mhr. Pstmsr.: Nr. 115 — pr. Gvrg. befohrt u. a Gto. — g.: Nr. 75 — gutgebr. Abvrg. erwünscht. — Pfaffenfeind: Auszug schon am 18.1. pr. Veil. fort. Btlg. erh. Aber — so schnell ist das „Reich Gottes“ nicht erobert. H. mehr. — Schlachtfeld: Gut. Die Sache ist nicht Calcul, sondern teanlich einfach unmdglich. Näheres Hl. abermals eingehend. — Alte Garde: Pr. Pst. v. 27.1. Gemeindegeld werden demnächst weiter brauchen. — Karl Schwarz: So weit noch möglich, Abv. befohrt. Btlg. x. vorgemerkt. Ein sonderbarer Heiliger, dieser Kritiker. Unsere Freiwilligen sind eben keine Hand-schristenstifter. — Carbonari: Wird noch kommen. Abv. notirt. Hl. mehr. — Pionel: Avis u. W. v. 26.1. hier. Outes altert nie. Reklamirtes wird geordn. Hl. folgt. — Helarich: Btlg. folgt, ebenio Wl. Abv. notirt. — Utopia: Nachr. v. 26.1. hier. Erfragtes noch immer in Arbeit. Dell. folgt baldigh. Betr. des Weiteren kommt Wl. — H. D. St. J.: Nr. 3 — Ab. 2. Du. erh. Bestellen Sie nach unserm Schriften-Verzeichniß im „S.“

Aufruf.

Der Uhrmacher Ernst Rudolf aus Dresden wird dringend gebeten, uns seine Adresse umgehend hierher zu melden, um ihm wichtige Mittheilungen in Familien-Angelegenheiten zugänglich machen zu können.

G. Bernstein & Co. 114 Kentish Town Road London N. W.

Durch Unterzeichnete zu beziehen: Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft. Preis: Fr. — 40. Mk. — 35. Sh. — 4.

German Cooperative Publishing Co. 114 Kentish Town Road, London N. W.